



Jetzt spricht Weselsky

Der GDL-Chef über die harten Verhandlungen mit der Bahn. Seite 5

Foto: Lukas Schulze

Mehr als Caritas

300 Antifa-Aktivisten berieten in Berlin über Hilfe für Flüchtlinge. Seite 11

Gefilmter Aufstand

»Maidan« ist formal radikal, aber inhaltlich verklärend. Seite 15

Foto: Grandfilm



Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 3. September 2015

70. Jahrgang/Nr. 205

STANDPUNKT

Menschen zweiter Klasse

Aert van Riel über die Debatten zum Einwanderungsgesetz

Das Wort »Humankapital« wurde im vergangenen Jahrzehnt zu einem »Unwort des Jahres« gekürt, weil es Menschen zu nur noch ökonomisch interessanten Größen macht. Zwar ist der Begriff inzwischen aus dem Wortschatz der in der Öffentlichkeit stehenden Personen weitgehend verschwunden – das damit zusammenhängende Menschenbild aber ist geblieben.

Dies zeigt sich derzeit in den Debatten über ein Einwanderungsgesetz. Während weltweit 60 Millionen Menschen auf der Flucht sind und Pläne nötig wären, wie den Schutzsuchenden geholfen werden kann, macht sich die SPD darüber Gedanken, wie mehr qualifizierte Zuwanderer nach Deutschland kommen können, damit der Wohlstand hierzulande erhalten bleibt. Zu diesem Zweck wollen die Sozialdemokraten in der Großen Koalition gegen den Widerstand von Teilen der Union ein Einwanderungsgesetz durchsetzen. Das Anliegen richtet sich nach den Bedürfnissen der Wirtschaft und hat einige Anhänger in der CDU. Deswegen muss man damit rechnen, dass es eines Tages umgesetzt wird.

Wenn dies geschehen sollte, würde die Bundesregierung den Eindruck verstärken, es gebe Migranten erster und zweiter Klasse, die entweder »nützlich« oder »unnützlich« seien. Sonderlich menschlich klingt das nicht. Wichtig wäre vielmehr, dass Politiker zu der Einsicht gelangen, dass Europa seinen Wohlstand teilen muss, um anderen zu helfen, anstatt lediglich an das eigene Wohlergehen zu denken.

UNTEN LINKS

1,185 Milliarden Euro gaben die Klubs der englischen Premier League in der letzten Transferperiode für neue Fußballer aus, weil ihnen die vorhandenen nicht teuer genug waren. Wer sich einen Fußballer kaufen will, muss heute eine Menge Geld auf den Tisch legen, blaue Flecken führen nicht zu Preisminderungen, rote Fußballschuhe werden als Geschenkverpackung auf den Preis aufgeschlagen. Wenn Profispieler abgepackt in den Versand gehen, müssen sie sich unterwegs ihren Handelswert fest einprägen, denn der wird im Kurzinterview nach Spielende abgefragt. Bei Einwechslungen muss künftig neben der Trikotnummer auch der Kurs des Spielers angezeigt werden, die Laola-Welle dient der Darstellung des Kurvenverlaufs am Markt, nach jedem Tor wird über dem Kopf der Spieler der neue Wert eingeblendet. Turbulenzen nach einem Kursrutsch vor dem Tor müssen vom Spieler ausgependelt werden. Und natürlich wächst nun die Angst vor dem Platzen einer Fußballerblase. uka

Größter Streik der Welt

150 Millionen Inder legten die Arbeit nieder / Stopp des Sozialabbaus gefordert



Bankhaus wird Streiklokal: Arbeitsniederlegung in Allahabad (Bundesstaat Uttar Pradesh)

Foto: AFP/Sanjay Kanooji

Berlin. Millionen indischer Werktätiger haben am Mittwoch aus Protest gegen die Wirtschafts- und Arbeitsmarktreformen der Regierung von Premierminister Narendra Modi die Arbeit niedergelegt. Zehn Gewerkschaften riefen zu dem eintägigen Streik auf, nachdem Gespräche mit Finanzminister Arun Jaitley über die sich der Wirtschaft anbietende Politik der Regierung ohne Ergebnis geblieben waren. Die Gewerkschaften fordern, dass die Regierung ihre Pläne aufgibt, unproduktive Fabriken zu schließen und Anteile an staatlichen Firmen zu verkaufen, um mit dem Erlös den Staatshaushalt zu entlasten.

Es wurde geschätzt, dass mehr als 150 Millionen Beschäftigte im Banken-, Industrie-, Bau- und Bergbausektor die Arbeit niederlegten. Zahlreiche Banken sollten geschlossen bleiben. Bereits am Morgen zeigte der Streik Wirkung im Nahverkehr; an Bushaltestellen bildeten sich lange Schlangen Wartender. Auch Tagelöhner, Hausangestellte und Straßenverkäufer sollten sich den Protesten anschließen, um eine Anhebung des Mindestlohns zu fordern. Im östlichen Bundesstaat Westbengalen, wo die Gewerkschaften besonders stark sind, kam das öffentliche Leben weitgehend zum Erliegen.

Der Hindunationalist Modi war im Mai 2013 mit dem Versprechen gewählt worden, die Wirtschaft zu deregulieren, um ausländische Investoren ins Land zu holen. Die Regierung verweist darauf, dass Reformen dringend nötig sind, um Arbeitsplätze für die Millionen junger Leute zu schaffen, die auf den Arbeitsmarkt drängen. Die Gewerkschaften und die linke Opposition werfen der Regierung dagegen vor, die Konzerne zu bevorzugen, Arbeitsplätze zu gefährden und die soziale Ungleichheit zu verschärfen. Wichtige Vorhaben wie eine Steuer- und Landreform wurden im Parlament blockiert. Agenturen/nd Seite 8

Kriegsschiffe gegen Flüchtlingsboote

Europäische Union konkretisiert Pläne für verschärfte Abschreckungs- und Abschottungspolitik

Flüchtlingen wird die Weiterreise in ihre Zielländer in West- und Nordeuropa weiter erschwert. EU-Staaten erfüllen deutsche Forderungen.

Von Aert van Riel

Die EU will ihren Einsatz gegen Schleuser im Mittelmeer ausweiten und plant dazu ab Oktober den Einsatz von sieben Kriegsschiffen, einem Flugzeugträger sowie U-Booten, Drohnen und Flugzeugen. Diese sollten in der nächsten Phase des europäischen Anti-Schleuser-Einsatzes zunächst außerhalb der libyschen Küstengewässer tätig werden, bestätigten EU-Diplomaten einen Bericht der »Welt«. Die Linksfraktion lehnt den Militäreinsatz ab und forderte stattdessen offene Grenzen für Schutzsuchende. Der Abgeordnete Alexander Neu bezeichnete die Pläne als »falsch und kurzichtig«. »Das Ergebnis eines solchen Vorgehens werden nur noch

waghalsigere Fluchtrouten und mehr Tote sein«, kritisierte er.

Viele Menschen überleben die Fahrt über das Mittelmeer nicht. Beim Untergang von zwei Flüchtlingsbooten vor der türkischen Küste ertranken am Mittwoch mindestens elf Menschen. Unter den Toten seien drei Kinder, so die türkische Nachrichtenagentur DHA. Fünf der überwiegend aus Syrien stammenden Flüchtlinge würden noch vermisst. Im Athener Hafen Piräus liefen von Dienstagabend bis Mittwochmorgen zwei Schiffe mit insgesamt 4300 Schutzsuchenden ein. Die von der Regierung angemieteten Schiffe hatten die Menschen von der Insel Lesbos geholt.

Derweil versuchen Flüchtlinge weiter, das westliche Europa zu erreichen. Am Budapester Ostbahnhof forderten mehr als hundert Menschen die Weiterreise nach Österreich und Deutschland. Die ungarischen Behörden hatten dies am Montag noch Tau-

senden erlaubt, am Dienstagvormittag aber den Bahnhof für Reisende ohne gültiges EU-Visum gesperrt. Italien erklärte sich auf Bitten aus Berlin dazu bereit, vorü-

»Das Ergebnis eines solchen Vorgehens werden waghalsigere Fluchtrouten und mehr Tote sein.«

Alexander Neu, LINKE

bergehend die Kontrollen am Brenner an der Grenze zu Österreich wieder einzuführen.

Die EU-Kommission will die Mitgliedstaaten zur schnelleren Reaktion in der Flüchtlingspolitik verpflichten. Brüssel werde einen »permanenten Notfallmechanismus« für die Umverteilung von Flüchtlingen vorschlagen, sagte eine Kommissionssprecherin. Er

solle dafür sorgen, dass ein Teil der Schutzbedürftigen »auf Basis eines gerechten Verteilungsschlüssels« aufgenommen werde.

Die Bundesregierung plant in der Flüchtlingspolitik Gesetzesänderungen. Ziel sei, das Gesamtpaket am 24. September beim Flüchtlingsgipfel zu verabschieden und das gesamte Gesetzgebungsverfahren noch im Oktober abzuschließen, sagte Innenminister Thomas de Maizière (CDU). Erwogen werde auch eine Grundgesetzänderung an mehreren Stellen. Bei der Frage der Finanzströme zwischen Bund, Ländern und Kommunen sei dies nicht ausgeschlossen. Zudem werde diskutiert, die Einstufung »sicherer Herkunftsstaaten« direkt an eine sehr niedrige Schutzquote zu knüpfen. Damit würde die Koalition das individuelle Grundrecht auf Asyl einschränken. Betroffen wären vor allem Menschen vom Westbalkan. Mit Agenturen Seite 2, 3, 11 und 12

Piloten sauer, der nächste Ausstand kommt

Lufthansa will Maschinen und Personal an Wiener Tochter auslagern

Frankfurt am Main. Passagiere der Lufthansa müssen sich auf erneute Streiks der Piloten einstellen. Deren Gewerkschaft Vereinigung Cockpit (VC) erklärte die Gespräche mit dem Unternehmen am Mittwoch für gescheitert. Die Lufthansa habe es in einem Spitzengespräch mit Vorstandschef Carsten Spohr abgelehnt, die geplante Verlagerung von Flugzeugen und Arbeitsplätzen ins Ausland für die Zeit der Verhandlungen auszusetzen, sagte VC-Sprecher Markus Wahl. Dieser Verzicht sei aber Bedingung für die Aufnahme der Verhandlungen auch über andere Themen wie die Betriebs- und Übergangsrenten für rund 5400 Piloten von Lufthansa und Germanwings. »Auslagern ist das genaue Gegenteil eines Bündnisses für Wachstum und Beschäftigung«, meinte Wahl.

Damit sind nun Streiks wieder jederzeit möglich. Einen konkreten Termin nannte Wahl nicht. Die Gewerkschaft will den Arbeitskampf wie bislang einen Tag zuvor ankündigen. In bislang zwölf Streikrunden seit April 2014 hat die Lufthansa mehr als 300 Millionen Euro Schaden in Kauf genommen. Das Unternehmen kündigte an, Maschinen und Besatzungen von den deutschen Gesellschaften Germanwings und Lufthansa auf die vor wenigen Wochen gegründete Tochter »Eurowings Europe« mit Sitz in Wien zu übertragen. Dort gelten die Tarifverträge mit den deutschen Gewerkschaften nicht. dpa/nd

Wahlen in Griechenland ohne Papandreu

Lafazanis glaubt an Überraschung durch seine »Volkseinheit«

Berlin. Die Bewegung Demokratischer Sozialisten (KIDISO) tritt nicht zu den Wahlen in Griechenland an. Das erklärte der Vorsitzende und Ex-Ministerpräsident Giorgos A. Papandreu. Er begründete den Schritt mit fehlenden finanziellen Ressourcen. Die Partei vor Anfang des Jahres als Abspaltung der sozialdemokratischen PASOK gegründet worden. Bei den Wahlen am 25. Januar scheiterte sie an der Drei-Prozent-Hürde.

Derweil schmilzt der Vorsprung von SYRIZA. Laut einer neuen Umfrage des Instituts Alco führt die Partei von Alexis Tsipras nur noch knapp mit 23 Prozent vor der konservativen Nea Dimokratia, die 22,6 Prozent erreicht. 14 Prozent der Befragten zeigten sich unentschieden. Die SYRIZA-Abspaltung »Volkseinheit« kommt in der Umfrage für das Portal newsit.gr auf 3,9 Prozent. Ihr Vorsitzender, Ex-Energieminister Panagiotis Lafazanis erklärte, Umfragen seien »Müll«. Er hatte als Ziel verkündet, mit der Neugründung den dritten Platz zu erreichen. Frühere Umfragen hatten die Partei bei bis zu sechs Prozent gesehen.

Im Sender Mega sagte er, die »Volkseinheit« werde die große Überraschung bei den Wahlen werden. Er schloss zugleich eine Zusammenarbeit mit allen »Memorandumfreundlichen« Parteien aus. Zur kommunistischen KKE sagte er: »Wir sind Genossen mit Differenzen, keine Feinde.« Zuvor hatte KKE-Vorsitzender Dimitris Koutsoumbas sich strikt von der »Volkseinheit« abgegrenzt. vk

Heute auf Seite 10
Gesund leben

Der Patient als Manager – klingt wie ein Kompliment, schiebt ihm aber die ganze Verantwortung zu.

ISSN 0323-3375

